



Amt der Vorarlberger Landesregierung

Zahl: [PrsE-11101.00](#)

Bregenz, am [03.08.2005](#)

[Europäische Kommission](#)
[Geschäftsstelle Staatliche Beihilfen](#)
[SPA 3, Büro 6/5](#)
[B-1049 BRÜSSEL](#)
[BELGIEN](#)
[SMTP: STATEAIDGREFFE@CEC.EU.INT](#)

Auskunft:
[Dr. Martina Büchel-Germann](#)
Tel: [+43\(0\)5574/511-20310](#)

Betreff: [Aktionsplan Staatliche Beihilfen;](#)
[Konsultation - Stellungnahme](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Aktionsplan „Staatliche Beihilfen – Weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen – Roadmap zur Reform des Beihilfenrechts 2005-2009“ wird von Seiten des Landes Vorarlberg wie folgt Stellung genommen:

Die Überlegungen der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des bestehenden Beihilfenrechts – sowohl in materiell- als auch in verfahrensrechtlicher Hinsicht – werden grundsätzlich begrüßt. Auch die dabei zugrunde gelegten Ausrichtungen – weniger und besser ausgerichtete Beihilfen, effiziente Verfahren und zwischen Kommission und Mitgliedstaaten geteilte Verantwortung – finden Zustimmung.

Zu den Ausführungen in Kapitel I und II ergeben sich folgende Bemerkungen:

Zu Kapitel II „Konzentration auf das Wesentliche“

Den Ausführungen der Kommission, dass staatliche Beihilfen auf das Wesentliche konzentriert werden sollen, wird aus Vorarlberger Sicht zugestimmt. Wesentlich sind dabei nach unserer Ansicht – und in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Kommission – folgende Bereiche: Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Existenzgründungen. Außerdem ist die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und preislich erschwinglichen Versorgung mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sicherzustellen.

Innovation ist der wichtigste Motor für langfristige Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und dauerhafte Beschäftigung. Je einfacher sich Wissen vervielfachen lässt, desto schneller holen Mitbewerber auf. Daher ist kontinuierliche Innovation un-

erlässlich. Aber gerade KMU stehen bei der Innovationstätigkeit vor besonderen Herausforderungen und haben hier im Vergleich zu größeren Unternehmen einen erhöhten Unterstützungsbedarf.

Innovation hängt neben den Aktivitäten der einzelnen Akteure zunehmend von deren Zusammenwirken als Elemente eines Innovationssystems ab. Der Innovationsprozess basiert nämlich immer mehr auf einer gut funktionierenden Interaktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aufgrund der Tatsache, dass die Anzahl der in einem Produkt verwendeten Technologien wächst und Firmen ein breiteres Spektrum an Technologien als in der Vergangenheit zu managen haben. Auch Arbeitsteilung und Spezialisierung tragen dazu bei, dass Know-how, das außerhalb der Kernkompetenzen einer Unternehmung liegt, aufgegeben und ausgelagert wird. In einer komplexen, sich rasch wandelnden Welt können Innovationen nur mehr selten von einem einzelnen innovierenden Unternehmen realisiert werden. Gerade für KMUs ist es aufgrund mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen oft nicht möglich, Innovationsprojekte allein durchzuführen.

Daher sind Bedingungen zu schaffen, die es KMUs möglich machen, schnell und einfach Zugang zu Wissen zu erhalten und Innovationen in Märkte zu bringen. Der Begriff der Innovation darf dabei nicht eng verstanden werden: Innovation kann sehr vielschichtig sein und Prozess-, Verfahrens- und Produktinnovation umfassen. Innovation kann auch nicht auf einige wenige Branchen beschränkt werden. Staatliche Beihilfen sollen daher branchenübergreifend innovative Verfahren und Prozesse stimulieren.

Vermehrte Forschung und Entwicklung für neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zählen zu den wichtigsten Erfolgsvoraussetzungen von Unternehmen. Gerade im Bereich Forschung und Entwicklung ist in Vorarlberg Aufholbedarf vorhanden, da dieser hier wenig Tradition hat, er aber wesentlich zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt. Staatliche Beihilfen sind notwendig für Erfolg versprechende und innovative Firmenprojekte, die an der Grenze der Machbarkeit der jeweiligen Unternehmen liegen. Dies betrifft insbesondere den Aufbau und die Verankerung einer systematischen F&E-Tätigkeit, die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Kooperationsfähigkeit mit komplementären Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Die laut derzeit geltendem Gemeinschaftsrahmen zulässigen Beihilfeintensitäten (bis zu 100 % für Grundlagenforschung, bis zu 50 % für industrielle Forschung und bis zu 25 % für vorwettbewerbliche Forschung) werden für ausreichend erachtet.

Im Hinblick auf Unternehmensgründungen begrüßen wir die Aussagen der Kommission unter Punkt 29 des Aktionsplans über die Dringlichkeit zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas. Vorarlberg erachtet frische Impulse für Unternehmensgründungen für sehr wichtig. Wegen der hohen Bankfremdfinanzierungsquote bei Unternehmen, wie dies auch in Vorarlberg der Fall ist, wird nämlich KMUs der Zugang zu Krediten durch das Basel II-Abkommen erschwert. Dieses Abkommen zur internationalen Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen bewirkt durch die Pflicht zur

Eigenmittelunterlegung der Banken bei Kreditvergaben, dass KMUs aufgrund ihrer im Durchschnitt niedrigeren Bonität schwerer Investitionsmittel lukrieren können. Vor allem in Vorarlberg, dessen Wirtschaftsstruktur wesentlich durch KMUs geprägt ist, wird sich Basel II negativ auswirken. Vorarlberg spricht sich deshalb für Maßnahmen aus, die die Mittelaufbringung für Investition für KMUs erleichtern. Zwar ist in der Region die Bereitschaft zum Unternehmertum sehr hoch, was wiederum die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigt. Die Auswirkungen des Basel II-Abkommens könnten diese Bereitschaft abschwächen. Solchen Tendenzen muss die öffentliche Hand entgegen wirken. Wir plädieren deshalb für eine Erhöhung des 7,5%igen bzw 15%igen Fördersatzes für mittlere bzw kleine Unternehmen auf 10% bzw 20%.

Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Erhalt der aus regionaler Sicht als wesentlich erachteten Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sicher stellt, ist für Vorarlberg von zentraler Bedeutung. Wichtig ist, dass klar gestellt wird, dass Dienstleistungen von allgemeinem nichtwirtschaftlichem Interesse sowie bloße Ausgleichszahlungen von öffentlichen Haushalten an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, nicht dem gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbs- und Beihilfenrecht unterliegen. In solchen Fällen sollen nämlich die Mechanismen des freien Marktes nicht gelten, sondern in erhöhtem Maß auf Kriterien wie der Versorgungssicherheit, der Kontinuität, der Nachhaltigkeit, der allgemeinen Zugänglichkeit, dem territorialen und sozialen Zusammenhalt etc geachtet werden. Um Rechtsklarheit zu schaffen, wäre es aus Sicht Vorarlbergs erforderlich, dass die Kommission gemeinsam mit Mitgliedstaaten und Regionen die nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten und Dienstleistungen definiert und in Form einer Negativliste festschreibt. Jedenfalls davon umfasst sein sollten die Bereiche öffentlicher Personennahverkehr, Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, Bildung und Kultur. Weiters sollen auch gemeinnützige Einrichtungen, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, grundsätzlich nicht dem Wettbewerbs- und Beihilfenrecht unterliegen.

Zu den unter Punkt 39ff angeführten Regionalbeihilfen wird festgehalten, dass diese Fördermöglichkeiten – und zwar gerade jene für Großunternehmen – Wettbewerbs verzerrend sind und diese deshalb auf die am wenigsten entwickelten Regionen beschränkt werden sollen. Dies würde mögliche Wettbewerbsverzerrungen verhindern, die dadurch entstehen könnten, dass strukturell mittlerweile ähnlich entwickelte Regionen unterschiedlich hohe Fördersätze anbieten.

Beihilfen im Umweltschutzbereich sollen insbesondere für jene Investitionen zulässig sein, wo die Investition ermöglicht, dass Standards eingehalten werden, die über den gesetzlichen Vorgaben im Umweltbereich liegen. Auch in jenen Bereichen, wo gesetzliche Vorgaben fehlen, die Investition aber effektiv Umwelt verbessernd wirkt, soll eine Beihilfe möglich sein. Wichtig ist, dass besonders KMU gegenüber der sonst zulässigen Beihilfenintensitäten eine substanzielle Erhöhung der Beihilfeintensität erfahren.

Die Beibehaltung der de minimis-Beihilfen ist aus Vorarlberger Sicht ebenso notwendig, da diese eine einfache und flexible Möglichkeit der Vergabe staatlicher Beihilfen darstellt, die aufgrund der erlaubten Höchstgrenzen jedenfalls nicht Wettbewerbs verzerrend ist. Um der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre Rechnung zu tragen, wird darüber hinaus – analog den Vorstellungen der Kommission – eine Erhöhung, und zwar auf 200.000 €, vorgeschlagen. Damit könnten die Beihilfenprogramme flexibler gestaltet werden, was wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung von Unternehmen ist.

Die Kommission schlägt vor, die bestehenden Gruppenfreistellungsverordnungen durch eine allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung zu vereinfachen und zu konsolidieren und gleichzeitig weitere Bereiche in die Gruppenfreistellungsverordnung einzubeziehen. Dies wird vom Land Vorarlberg begrüßt. Es sollten nach unserer Ansicht – wenn möglich – alle zulässigen Beihilfen von Gruppenfreistellungsverordnungen umfasst und dadurch die Beihilfenverfahren auf ein absolutes Minimum beschränkt werden.

Zu Kapitel III „Moderne Beihilfenverfahren und -praktiken“

Die Beihilfeverfahren sind möglichst einfach, effizient und transparent abzuwickeln. Internet-Verfahren werden in diesem Zusammenhang begrüßt. Auch sollten in möglichst großem Umfang Gruppenfreistellungen zur Anwendung kommen.

Eine eigene mitgliedstaatliche unabhängige Beihilfenbehörde wird aus verwaltungsökonomischer Sicht nicht befürwortet. Vielmehr sollte die Kommission die ihr zustehenden Kontrollmöglichkeiten tatsächlich wahrnehmen. Auch eine verstärkte proaktive Beratung durch die Kommissionsdienststellen wird begrüßt.

Die Überlegungen der Kommission, wonach zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Anmeldung von staatlichen Beihilfen, diese bei Nichtvorliegen dieser Anmeldung systematisch zurückgefordert werden sollen, werden von Seiten Vorarlbergs abgelehnt. Diese Vorgangsweise würde einen wesentlichen zusätzlichen bürokratischen Aufwand mit sich bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesamtsdirektor

Dr Johannes Müller

[Vor Abfertigung an:](#)

[Abteilung VIa, im Hause, via VOKIS versendet , mit der Bitte um Mitzeichnung](#)